

Sozialwirtschaftliche Betrachtungen zur Landtagswahl

Die letzten Jahre hatten mehrfach sehr schwere wirtschaftliche Depressionen aufzuweisen. Regierungen und Parlamente werden in solchen Zeiten vor besonders schwierigen Aufgaben gestellt. Das Land Sachsen hat auch in diesem Zusammenhang seine Eigenart.

Rückschläge auf wirtschaftlichen Gebieten machen sich in Sachsen natürlich besonders bemerkbar. Sein überaus stark ausgeprägtes, vielseitiges und mit dem gesamten Erdkreis verknüpftes Gewerbeleben reagiert sofort auf alle wirtschaftlichen Störungen. Die sächsischen Interessen, nicht zuletzt die der arbeitnehmenden Bevölkerung, allenthalben erfolgreich zu vertreten hat sich die Koalitionsregierung und der Landtag stets ernstlich angelegen sein lassen. Angesichts der ungewöhnlichen Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren hat z. B. die Deutsche Volkspartei im Landtag alle Aufmerksamkeit darauf verwendet, Arbeit zu beschaffen, soweit das im Rahmen der Landespolitik möglich ist. Durch den alljährlichen Staatshaushaltsplan werden bedeutende Summen frei, in erster Linie zur Durchführung von Bauten aller Art. Damit kann der Arbeitsmarkt günstig beeinflusst werden. Um damit rechtzeitig einzugreifen, und Hilfe zu bringen, hat die volksparteiliche Landtagsfraktion früher schon beantragt, die betreffenden Einnahmevorlagen zu verabschieden und die Ausgaben zu genehmigen. Unter demselben Gesichtspunkt hat die Landtagsfraktion am 17. Januar 1929 beantragt, diejenigen Kapitel aus dem Staatshaushaltsplan, durch deren Verabschiedung größere Arbeits- und Lieferungsarbeiten zur Behebung des Arbeitsmarktes erteilt werden können, durch die Haushaltsausschüsse eiligst zu verabschieden und die sofortige Ausgabe der Mittel beschließen zu lassen.

Der Landtag hat damals in sofortiger Schlussberatung diesem Antrag seine Zustimmung gegeben. Es wurden hernach in unmittelbarer Folge die entsprechenden Teile des Staatshaushaltsplanes debattelos verabschiedet und so die Regierung instand gesetzt, Aufträge für viele Millionen in Gang zu bringen und Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen. Leider hat sich der von der erwerbsfähigen Bevölkerung freudig begrüßte Antrag nicht in allem Umfang auswirken können, da das Urteil des Staatsgerichtshofes die Landtagsarbeiten jäh unterbrochen hat. Für sicher eintretende Verzögerungen und Schaden ist die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, die die neuerliche politische Entwicklung veranlaßt hat.

Tagungen in Sachsen

61. Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsum-Genossenschaften

Zöben. Der Verbandstag nahm am Montag seinen Fortgang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit der Verbandsorgane und der Entwicklung der Verbandsgenossenschaften. Ueber den letzteren Punkt gab Verbandssekretär Gehlfarth interessantes Material bekannt. Der Verband zeigte mit einer Umsatzsteigerung 148,76 Mill. M auf 187,3 Mill. M = 25,9%, eine starke Aufwärtsbewegung. Bedeutsam ist auch, daß Sachsen mit 501 M Jahresumsatz pro Mitglied den Reichsdurchschnitt mit 373 M stark übertrifft. Für das neue Geschäftsjahr erwartet man ein Nachlassen der bisherigen Steigerung, da die Wirtschaftskrise im Geschäftsjahr 1928 erst zu einem Teil zur Auswirkung kam. Der Mitgliederzuwachs wurde durch die Ausschüsse fast weggemacht. Auffallend ist es, daß der Zugang sich fast nur auf Männer erstreckt. Bei der Vermögensübersicht der Verbandsgenossenschaften ergibt sich, daß fremdes Kapital nur noch im geringen Umfang in Anspruch genommen wurde. 25 Mill. eigene Betriebswerte sind durch 18 Mill. eigene Betriebsmittel fast gedeckt. Auffallend ist die starke Zunahme an eigenen Grundstücken, die mit 30 Mill. zu Buche stehen gegen 19 Mill. im Jahre 1927. Die hypothekarische Belastung beträgt nur etwa 6 Mill. = 19,8%. Der Hypothekenschatz stammt zum größten Teil von der Versicherung „Volkssicherung“. Der Reingewinn ist wie im Vorjahre mit 1,4% des Gesamtumsatzes ausgewiesen bei geringer Steigerung der Unkosten. An Steuerabgaben aller Art werden ca. 3 Mill. angeführt. Bemängelt wurde das Streben nach möglichst hohen Rückvergütungen. Der Verband sieht im Interesse der eigenen Kapitalbildung 5% als Höchstgrenze an. Fast verdoppelt haben sich die Warenschulden. Die Kredite wurden zum größten Teil von der GEG gewährt. Verbandssekretär Böhm erläuterte dann kritisch das Ergebnis der Revisionen der Genossenschaften und gab Verbesserungsvorschläge. Sehr heftig stieß er bei einer scharfen Kritik der Verhältnisse bei der Genossenschaft Schwarzenberg mit der kommunistischen Opposition zusammen, die eine ganze Serie Redner gegen die Verbandsleitung ins Feld führte. Schließlich nahm die Versammlung 3 Entschlüsse an, die sich gegen das Zugabewesen, für die Aufhebung der Einfuhrzölle und gegen die Einbeziehung in den Preis der gewerbesteuerpflichtigen Körperschaften wenden. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Zittau bestimmt.

Landesverbandstagung der sächsischen Uhrmacher.
Vom 1. bis 3. Juni findet in Freiberg die Landesverbandstagung der sächsischen Uhrmacher statt.

Ächter sächsischer Schlossermeisterstag.

In Plauen hatten sich die Vertreter sämtlicher Schlosserinnungen Sachsens zu einer ersten und arbeitsreichen Tagung eingefunden. Sie wurde mit einer Obermeistertagung eingeleitet, der ein Begrüßungsabend folgte. In der eigentlichen Tagung begrüßte Obermeister Schmidt-Dresden die auswärtigen Gäste. Amtshauptmann Beschorner-Plauen übermittelte die Grüße des Wirtschaftsministeriums und der Kreisamtmannschaften. Vom Finanzminister Weber war ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Severing über den kommunistischen Putzversuch

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beriet über den Etat des Reichsinnenministeriums. Aus dem ausführlichen Bericht, den der Abgeordnete D. Dr. Severing (Ztr.) erstattete, ging hervor, daß beim Reichsministerium des Innern 6 769 000 Mark eingespart worden seien. Mit Recht sei das Reichsministerium für öffentliche Ordnung in das Gesamtministerium einbezogen worden. Was den 1. Mai beträfe, so sei von allem Scharfmachertum abzurückeln.

Abgeordneter Berndt (Dnak.) betonte, daß der kommunistische Aufruf von der Polizei in bewährter preussischer Pflichttreue niedergeschlagen wurde. Er frage aber, ob sich die Opfer durch Vorsichtsmaßnahmen nicht hätten vermeiden lassen können? Warum hätten die Kommunisten schreiben dürfen, daß der 1. Mai eine Probe auf den kommenden Bürgerkrieg werde? Sei es denn verwunderlich, daß sich des Innenministers politische Kinder sicher fühlten? Es entspreche nunmehr die

Frage, ob eine Partei, die sich zum Klassenkampf bekennt, eben auch die Staatsautorität aufrecht erhalten könne?

Das Verbot der Rotfrontkämpfer komme zu spät! Eine Partei, die sich wie die kommunistische gegen die öffentliche Ordnung verhalte, fordere ein rücksichtsloses Einschreiten gegen sich und ihre Anhänger. Eine rücksichtslose Bestrafung ohne Rücksicht auf Abgeordnetenimmunität — müsse die Verbacher treffen!

Abgeordneter Berndt kritisierte dann einige Aussprüche des Innenministers, daß er die Zensur nicht einführen werde, daß er den Mundfunk in Köln gezwungen habe, den Sozialdemokraten Sollmann eine Klassenkampfreden halten zu lassen. „Sie sind“, so fuhr der Redner fort, „wirklich mit Erfolg bemüht, wie

in Preußen so auch in Deutschland die sozialistische Herrschaft

aufzurichten. Wir verbitten uns diesen Mißbrauch der staatlichen Einrichtungen gegen zwei Drittel der übrigen Bevölkerung.“

Abg. Sollmann (Soz.) behauptete, es sei eine Uebertreibung, von einem Aufruf in Berlin zu sprechen. Er behauptete weiter, daß seine Partei das Recht auf die Straße erkämpft habe und aufrechterhalten werde. Voraussetzung sei die unbedingte Disziplin der Massen.

Abg. Maslowitz (Kom.) richtete heftige Angriffe gegen den Reichsinnenminister. Er sprach von Dummgeschossen, die die Polizei verwendet habe und meinte, Minister Severing und die Sozialdemokraten würden die Blutschuld nicht von sich abwachen können.

Reichsinnenminister Severing

ging in einer Erwiderung eingehend auf die Vorfälle des 1. Mai ein. Er habe sich, Mitte April an den preussischen Innenminister mit der Frage gewandt, ob es sich empfehle,

Sächsische Lokomotivheizer drohen mit Streik.

Dresden. Auf einer Tagung der Lokomotivheizer des Reichsbahndirektionsbezirks Dresden wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die Aushilfs- und Hilfslokomotivheizer im Lohnvertragsverhältnis erklären, daß sie dem vom Verbandsrat gefassten Streikbeschluss restlos Folge leisten werden, wenn die maßgebenden Verbandsinstanzen zur Ausrückung der streikverweigernden Beamtenverhältnisse stehenden Lokomotivheizer bringen zum Ausdruck, daß sie die beschiedenen Lohnforderungen ihrer im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen voll unterstützen und geloben, in dem bevorstehenden Arbeitskampf in jeder Beziehung Solidarität zu üben.“

Aus aller Welt.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

6500 Mark am hellen Morgen geraubt.
Berlin. In der Wullenweberstraße im Berliner Tiergarten wurde der Kassenbote eines Wohlfahrtsamtes, der einen namhaften Betrag bei sich trug, von Banditen, die mit einem Auto herangekommen waren, überfallen und mit einem Revolver zur Herausgabe der Geldtasche mit rund 6500 Mark Inhalt gezwungen. Die Räuber bestiegen dann den Kraftwagen und entkamen. Einem Schutzpolizisten, der ihre Verfolgung aufgenommen hatte, war es nicht gelungen, sie einzuholen, er konnte sich nur die Nummer ihres Wagens merken. Die Suche nach dem Kraftwagen und den Räubern ist sofort aufgenommen worden.

Bei dem Überfallenen handelt es sich um den 45 Jahre alten Kassenboten des Wohlfahrtsamtes Tiergarten, Franz Ryzjak, der den Auftrag hatte, täglich vom Bezirksamt in der Klopstockstraße die Beträge abzuholen, die für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen benötigt wurden. Da der Kassenbote von verschiedenen Seiten schon zur Vorsicht gewarnt worden war, hielt er es für angemessen, diesmal nicht wie sonst den Autobus zu benutzen, sondern den Chauffeur eines Magistratsautos zu bitten, ihn nach der Auszahlungsstelle zu fahren. Der Kraftwagen brachte ihn bis an die Ecke der Wullenweber- und der Jagowstraße. Von dort hatte der Kassenbote nurmehr einen Weg von etwa hundert Meter zu Fuß zurückzulegen gehabt. Als er vor dem Hause Wullenweberstraße 9 ankam, in dem sich die Auszahlungsstelle befindet, sprangen von einem kleinen blaugrauen Kraftwagen, wahrscheinlich einem Opelwagen, plötzlich zwei Männer herab, während ein dritter am Steuer sitzen blieb. Die Männer stürzten sich auf Ryzjak, der eine von ihnen verfehlte ihm einen Stoß vor die Brust, während der andere blitzschnell einen Revolver zog und ihn dem Kassenboten vor den Kopf hielt.

„Hände hoch und das Geld her!“

riefen sie und hatten auch schon die Geldtasche an sich gerissen. Bevor sich der Kassenbote noch irgendwie aufraffen konnte, waren die Männer bereits in das Auto gesprungen, dessen Motor lief, und jagten davon.

Der den Wagen verfolgende Schutzpolizist konnte lediglich feststellen, daß es sich um den Kraftwagen IA 18468 handelt. Dieser ist bereits im Jahre 1928 nach der Provinz verkauft worden. Ob es sich nun bei den Räubern um

im Hinblick auf die üblichen Demonstrationen der Arbeiter am 1. Mai das Verbot der Umzüge aufzuheben. Der 1. Mai sei gekommen. Immer deutlicher sei zu erkennen gewesen, daß es die kommunistische Partei darauf anlege, zu einer Kraftprobe zwischen ihr und dem Staat zu gelangen. Das heutige Deutschland habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich dagegen zu wehren.

Zu bedauern sei es, wenn die Tätigkeit der Polizei nachträglich herabgesetzt werde.

Seine Methode sei es gewesen, den Unfug der Verbände zu verhindern.

Als der Kommunist Torgler darauf sagte: „Verbote sind kein besonderer Ausdruck von Kraft!“, antwortete ihm der Minister: „Nein, das sind sie nicht.“ Abgeordneter Torgler erwiderte: „Damit kann jeder Esel regieren!“ Der Minister hatte die Lacher auf seiner Seite, als er entgegnete: „Das kann auch jeder Esel sagen.“

Rotfront-Verbot in Preußen durchgeführt.

Die Durchführung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes in Preußen durch die Politische Polizei ist nunmehr beendet. Sämtliche Organisationen des verbotenen Bundes sind aufgelöst und ihr Vermögen ist beschlagnahmt. Der Abtransport der im Berliner Karl-Liebknecht-Haus sichergestellten umfangreichen Schriften und Materialien dauert noch an. Die Sichtung der Schriften, bei der versucht wird, aufzuklären, inwieweit Ausländer an den Ereignissen vom 1. Mai beteiligt waren, wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Polizei hat in Erfahrung gebracht, daß sich die Kommunisten mit der Absicht trugen, als Ersatz des Roten Frontkämpferbundes eine neue Organisation aufzuziehen. Wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, würde selbstverständlich diese Ersatzorganisation auch sofort aufgelöst werden.

Die Vorbereitungen der wegen Beteiligung an den Berliner Mai-Unruhen festgenommenen vor den Vernehmungsrichter sind im wesentlichen beendet. Es sind im ganzen 117 Personen vorgeführt worden. Gegen 45 der Vorgeführten sind Haftbefehle wegen Landfriedensbruchs, Auftrahrs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder Körperverletzung ergangen, während der Rest entlassen wurde, weil entweder ein dringender Tatverdacht oder ein Fluchtverdacht nicht gegeben war.

Auflösung auch in Hamburg.

Hamburg. Der hamburgische Senat hat sich dem Vorgehen Preußens angeschlossen und den Rotfrontkämpferbund sowie die Rote Jungfront und die Rote Marine für das hamburgische Staatsgebiet aufgelöst und verboten.

Leute handelt, die aus einer anderen deutschen Stadt nach Berlin gekommen sind, oder um Berliner Verbrecher, die den Wagen in der Provinz erworben haben, konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Oder ist jetzt 700 Meter kürzer. Im Rahmen der großen Oberregulierung, die im Interesse der Schifffahrt durchgeführt wird, ist jetzt zwischen Reimberg und Slogau in Schlesien ein Durchstich vorgenommen worden, der den Lauf der Oder um 700 Meter verkürzt. Dadurch sind Berg- und Talfahrten auch bei Niedrigwasserstand möglich; denn derartige „Begradigungen“ der Oder bewirken ein schnelleres Abfließen des Wassers. Bereits unter der Regierung Friedrichs des Großen wurden ähnliche Verkürzungen des Oberlaufs vorgenommen.

Eine deutsche Himalaja-Expedition. Wie verlautet, wird Ende Juni dieses Jahres eine deutsche Himalaja-Expedition Europa verlassen. An der Reise, deren Vorbereitungen nunmehr abgeschlossen sind, nehmen acht ausgewählte deutsche Bergsteiger teil, meist Alpinisten. Seit den Pionierleistungen der Gebrüder Schlagintweit in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist es das erste Mal, daß sich eine deutsche Expedition „Das Gebirge der Welt“ zum Ziele nimmt.

Festlicher Empfang der „Emden“ in Niederländisch-Indien. Der deutsche Dampfer „Emden“ hat in Soerabaja (Niederländisch-Indien) eine außerordentlich herzliche Aufnahme gefunden. Im Deutschen Verein wurde den Offizieren und der 250 Köpfe zählenden Besatzung ein festlicher Empfang bereitet, an dem der Gouverneur von Ostjava sowie zahlreiche Vertreter der niederländischen Behörden, des Handels und der Wirtschaft teilnahmen.

Ein Bombenflugzeug abgestürzt. Ein Bombenflugzeug, das mit 5 Soldaten besetzt war, machte einige Bombenabwürfe über dem Flugplatz von Bourges bei Paris. Etliche Bomben waren bereits abgeworfen. Plötzlich löste sich eine Tragfläche vom Apparat, der aus ziemlich großer Höhe steil abstürzte und auf dem Boden zerfiel. Da sich an Bord des Flugzeugs noch zwei Bomben befanden, wagte man vorerst nicht, die fünf Leichen aus den Trümmern des Flugzeugs zu bergen, um weiteres Unglück zu verhüten.

Ein Sporkassenandal im lothringischen Grenzgebiet. In der Kreditgesellschaft St. Avoird bei Saarlöcher hat der langjährige Geschäftsführer nicht weniger als 3,8 Millionen Francs unterschlagen. Diese Veruntreuung soll sich auf eine Zeitspanne von 20 Jahren verteilen. Während dieser Zeit ist keine Revision den falschen Buchungen auf die Spur gekommen.

Schloß Lindheim in Hessen ein Raub der Flammen. Der prächtige Herrschaftsschloß Lindheim im Kreise Bidingen ist durch Feuer vollständig vernichtet worden; es stehen nur noch die Umfassungsmauern. Im Schloß waren große Sammlungen von wertvollen Möbeln und Altertümern aufgespeichert, die sämtlich vernichtet wurden. Glücklicherweise sind keine Menschenopfer zu beklagen.

Neue Unruhen in Indien. Die Zahl der Toten bei den letzten Unruhen in Bombay hat sich auf 21 erhöht, die der Verwundeten wird mit 200 angegeben. Zu größeren Zusammenstößen ist es nach der Zusammenziehung bedeutender britischer Truppenabteilungen nicht mehr gekommen. Bisher sind 300 Verhaftungen vorgenommen worden. Im Eingeborenenviertel sind alle Geschäfte geschlossen.

